

SCHWÄBISCHES TAGBLATT

FREITAG, 23. JANUAR 1948

VERLAG UND SCHRIFTFLEITUNG: TUBINGEN, UHLANDSTRASSE 2

4. JAHRGANG / NUMMER 6

Dreierbesprechungen in London?

WASHINGTON. Das Staatsdepartement der USA hat die französische Protestnote wegen den auf der „Frankfurter Konferenz“ gefaßten Beschlüssen über die Umorganisation des bizonalen Wirtschaftsraates beantwortet. In der Antwortnote wurde darauf hingewiesen, daß diese Maßnahmen auf Grund der drängenden Umstände für notwendig erachtet worden seien. Es sei durchaus möglich, daß die USA und England auch in Zukunft alle Beschlüsse über die Verwaltung der Doppelzone fassen würden. Man sei jedoch bereit, die französischen Einwände zu berücksichtigen.

Es wurde außerdem nachdrücklich darauf hingewiesen, daß Frankreich sich an der politischen Gestaltung der Westzonen beteiligen könnte.

In Berlin sind zurzeit wieder Besprechungen zwischen amerikanischen, englischen und französischen Sachverständigen im Gange. Zweck dieser Besprechungen ist es, die Vertreter Frankreichs über alle Fragen der bizonalen Verwaltung zu unterrichten. Daneben scheint die Frage der wirtschaftlichen Angleichung des Saargebietes an Frankreich und ihre Rückwirkungen auf die Wirtschaft der Bizone die Sachverständigen besonders zu beschäftigen.

Von maßgebenden Kreisen wird es für möglich gehalten, daß im Anschluß an diese Besprechungen Ende Januar oder Anfang Februar in London Dreierbesprechungen über sämtliche deutsche Probleme geführt werden.

Nach letzten Meldungen werden die Londoner Besprechungen vom politischen Berater General Robertson, Sir William Strang, dem französischen Botschafter in London, Massigli, und dem Botschafter der USA in London, Lewis Douglas, geführt werden. Sobald Douglas aus Washington zurück ist, sollen die Besprechungen beginnen können. Als Hauptdiskussionspunkte werden die Frage einer eventuellen wirtschaftlichen Fusion der französischen Zone mit der Bizone und das Problem der politischen Organisation Westdeutschlands genannt. Außerdem werden die Vertreter Frankreichs und der USA sich mit dem britischen Standpunkt, der vom deutschen Einheitsgedanken ausgeht, beschäftigen.

Weltgeschichte am Wendepunkt

OTTAWA. Der kanadische Premierminister Mackenzie King stellte bei einer Tagung der national-liberalen Partei Kanadas fest, die Weltgeschichte sei an einem äußerst gefährlichen Wendepunkt angelangt. Die Mißstände in den friedlichen Ländern seien auf die kommunistischen Machenschaften zurückzuführen. Der Kommunismus sei ebenso tyrannisch, wie es der Nationalsozialismus gewesen sei. Auch er trachte nach der Weltherrschaft und versuche, durch Untergrabung der sozialen Grundlagen in den demokratischen Nationen sein Ziel zu erreichen.

Mackenzie King schlug in einem Aufruf vor, die freien Nationen sollten starke bewaffnete Streitkräfte unterhalten, um allen eventuellen Angriffen begegnen zu können. Solange der Kommunismus in der Welt bestehe, sei die Aufstellung bewaffneter Streitkräfte für die Verteidigung der Freiheit notwendig. Die UN müsse den Auftrag, eine internationale Truppe aufzustellen, die alle aggressiven Nationen in Schach halten könne, übernehmen.

Waffenfunde in der Tschechoslowakei

PRAG. Bei einem Abgeordneten der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei wurde nach einer Mitteilung des tschechoslowakischen Justizministers eine größere Menge an Waffen aufgefunden. Es besteht die Absicht, einen Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität dieses Abgeordneten wegen Verbergens von Kriegswaffen zu stellen. Der Abgeordnete soll bereits verhaftet sein.

Der kommunistische Innenminister Nosek erklärte, es sei nichts Besonderes, wenn man nach einem Krieg und nach einem Aufstand bei einigen Personen Waffen finde. Das Exekutivkomitee der kommunistischen Partei wiederum sprach davon, daß diese Waffen zufällig von den kommunistischen Führern in einem Gebäude in Olmütz gefunden worden seien. Justizminister Drtina (Sozialist) versuchte, durch sein sensationelles Verfahren eine Panikstimmung hinsichtlich angeblicher Geheimpläne der kommunistischen Partei zu schaffen. Er läte besser daran, sich aktiv bei der Verfolgung von Verrätern, Kollaborateuren und Schwarzhändlern einzusetzen.

Kampf den Müßiggängern

LONDON. In England ist die dritte Aktion zur Jagd auf arbeitsunlustige und unproduktive Bürger eingeleitet worden. Zuerst waren alle Straßenhändler, Hausierer und Hausierinnen, Blumenhändler, Zeitungsausrufer, umherziehende Fotografen usw. durch die Arbeitsämter registriert worden. Die zweite Aktion galt den Angestellten von Nachlokalen, den Unternehmern von Windhundrennen und Bannwettkämpfen und den Schießbudenbesitzern.

Jetzt sind die eigentlich Müßigen, d. h. alle Männer und Frauen, die weniger als 32 Stunden bezahlte Arbeit in der Woche leisten, dran. Die Aktion hat, soweit sie bereits durchgeführt wurde, bewiesen, daß die müßiggängenden Angehörigen von jüngeren Jahrgängen sehr selten sind. Bei den älteren Jahrgängen rechnet man mit mehr Müßiggängern.

„Europa-Union“ gefordert

Ein Mittel zur Verhütung des dritten Weltkriegs? / 400 000 t Lebensmittel für Bizone

WASHINGTON. Der ehemalige persönliche Berater von Präsident Roosevelt, Bernhard Baruch, regte vor der außenpolitischen Kommission des Senats die Bildung einer wirtschaftlichen und politischen Union der europäischen Nutznießerstaaten der amerikanischen Hilfe an. Ziel dieser Union müsse es sein, die Zollschranken in Europa und zwischen Europa und der restlichen Welt zu beseitigen. Die USA sollten der „Europäischen Union“, falls sie angegriffen werde, beistehen und ihre Verteidigung übernehmen. Ebenso sollten die Mittelstaaten dieser Union sich gegenseitig beistehen. Dies sei die beste Sicherheit gegen einen dritten Weltkrieg.

Baruch faßte seine Ansichten in einem elf Punkte umfassenden Programm zusammen. In dem er u. a. eine „realistische Schuldenerregung“, den Kauf aller in den kommenden fünf Jahren produzierten überschüssigen Rohstoffe im Ausland, Genehmigung von Vorausrollen für das britische Commonwealth für drei Jahre, Stabilisierung der europäischen Währungen, sowie ein energisches Antinflationsprogramm, Produktionsverbesserung, Preis- und Lohnkontrolle in den USA forderte.

Die USA müßten strategische Basen in den Ländern erhalten, die Nutznießer des Europa-Hilfsplanes seien. Die europäischen Länder wüßten wohl, daß sie nur von Amerika geschützt werden könnten und daß infolgedessen die gemeinsame Unterhaltung strategischer Stützpunkte in den europäischen Ländern nur zum Vorteil aller sein könnte.

Der ehemalige Präsident der USA, Herbert Hoover, trat in einem Schreiben an den

Vorsitzenden des Kongresses, Senator Vandenberg, für eine Einbeziehung von China, Japan und des amerikanisch besetzten Teils Koreas in den Marshall-Plan ein. Die anti-kommunistische Front sei nicht auf Europa beschränkt, sondern müsse auf Südamerika und Asien ausgedehnt werden.

Hoover unterbreitete zum Europa-Hilfsprogramm fünf Vorschläge. Er forderte, die europäischen Staaten müßten ihre labilen Währungen auf eine neue Basis stellen, die Wirtschaft Deutschlands sei wieder aufzubauen, die Demontage einzustellen, in Westdeutschland eine Trizone zu bilden und die Produktionsbegrenzungen abzuschaffen.

Aus Washington wird außerdem bekannt, daß das Kriegsdepartement Vorkehrungen für die Entsendung von 400 000 t Lebensmittel nach Deutschland trifft, um wenigstens zum Teil der Not abzuhelfen.

Der amerikanische Landwirtschaftsminister Harrison hat angeordnet, daß größere Mengen Fett aufkauft und sobald als möglich nach Deutschland geschickt werden.

Möglicherweise hat die persönliche Botschaft, die der britische Außenminister Bevin an Staatssekretär Marshall Anfang dieser Woche richtete, mit zu diesen Entschlüssen der Regierung der USA beigetragen. Bevin hat auf die erste Verknappung der Lebensmittel in der Bizone hingewiesen und gleichzeitig erklärt, daß England bereit sei, alles in seiner Macht Liegende zu tun, um die Lage zu bessern. Darüber hinaus fanden in Washington britisch-amerikanische Besprechungen über die Lebensmittellage in der Bizone statt.

Kontrollratsitzung ohne Sensationen

General Clay und Botschafter Murphy nach Washington abgereist

BERLIN. Zu Beginn der Kontrollratsitzung am vergangenen Dienstag, die keineswegs den sensationellen Verlauf nahm, der allgemein erwartet worden war, gab General Clay eine Erklärung über die „Frankfurter Konferenz“ ab, in der er betonte, daß die dort vorgeschlagenen Maßnahmen einen ausgesprochen dringlichen Charakter hätten und der Absicht, einer kritischen Lage zu begegnen, nützlich sein könnten. Er verwies auf den rein wirtschaftlichen Charakter dieser Maßnahmen und stellte nachdrücklich fest, daß sie ihrer provisorischen Natur entsprechend keinen Vorgriff auf die künftige Organisation Deutschlands darstellten.

Marschall Sokolowski stellte fest, die Regierungen der drei Westmächte hätten den Vorschlag der UdSSR, eine deutsche Zentralregierung einzurichten, abgelehnt und planten jetzt in Westdeutschland die Bildung einer föderalistischen und separatistischen Regierung, die sich aus belasteten, der deutschen Einheit feindlich gegenüberstehenden Personen wie Schumacher, Adenauer und Kaiser zusammensetzen solle. Er protestierte gegen die „zunehmenden Vergewaltigungen“ des Potsdamer Abkommens und der Vereinbarungen über den Kontrollrat in Deutschland. General Koenig erklärte, gleichfalls Vorbehalte machen zu müssen.

Anschließend bedauerte General Clay, daß Marschall Sokolowski zu den Frankfurter Beschlüssen Stellung genommen habe, ohne zu warten, bis er die Dokumente in Händen hätte die beweisen würden, daß ein Protest unbegründet sei.

Nach Abschluß der Kontrollratsitzung fand

auf Antrag von General Clay eine Besprechung der vier Oberbefehlshaber und ihrer unmittelbaren Vertreter statt. Es wird angenommen, daß dabei die Währungsreform besprochen wurde.

General Clay hat am Dienstagabend zusammen mit seinem politischen Berater Murphy die Reise nach Washington angetreten. Er wird dort Besprechungen über die Einbeziehung der Bizone in den Marshall-Plan und über die politische Lage in Deutschland führen.

Am vergangenen Samstag äußerte sich General Clay bei Betrachtungen über die gegenwärtige Lage, er warne Rußland vor irgendwelchen Absichten die gegen die USA gerichtet seien. Er verglich die beiden Länder mit einem Riesen und einer Gipsfigur. Man möge doch die Stärke Rußlands nicht überschätzen. Sie sei die einer Strohrippe. Das amerikanische Volk sei nicht gewöhnt, in irgend einem Punkt Druck nachzugeben. Falls die Sowjets die amerikanische Bahnverbindung nach Berlin unterbrechen sollten, würden die Amerikaner ihre Truppen auf dem Luftwege versorgen. Die Verantwortung für die Versorgung der Deutschen im amerikanischen Sektor von Berlin würde dann den Sowjets überlassen bleiben. Die russische Propaganda habe zwei Punkte. Der erste sei die Frage der Oder-Neiße-Linie, mit deren Hilfe die UdSSR auf Kosten Deutschlands für Polen Gebiete annektiert habe. Die zweite empfindliche Stelle sei der Polzeinstaatsterror in der Ostzone. Demgegenüber hätten die USA den Willen, Europa unter Einfluß von Westdeutschland wieder aufzubauen.

Politischer Pakt mit Benelux-Ländern?

LONDON. Die britische und die französische Regierung sind nach einer Meldung, die von diplomatischen Kreisen Englands ausgeht, übereingekommen, den Benelux-Ländern einen politischen Pakt vorzuschlagen, der den zwischen Frankreich und England in Dünkirchen unterzeichneten Vertrag vervollständigen soll. Der offizielle Vorschlag sei am vergangenen Mittwoch den Regierungen der Benelux-Länder unterbreitet worden und habe Anklang gefunden.

Erbitterte Kämpfe bei Korinth

ATHEN. Der Leiter der amerikanischen Griechenlandshilfe, Griswold, teilte am vergangenen Montag dem griechischen Ministerpräsidenten mit, daß sich die amerikanische Regierung entschlossen habe, 13 Millionen Goldstücke freizusetzen, die der Bank von Griechenland gehören und bei der Federal Reserve-Bank als Sicherheit für eine 10-Millionen-Dollaranleihe deponiert sind. Die Summe wird in Pfund-Sterling konvertiert werden und soll als Stabilisierungsfond für die griechische Währung dienen.

Bei dieser Gelegenheit wies Griswold die griechische Regierung erneut auf die Notwendigkeit hin, von jeder neuen politischen Kombination Abstand zu nehmen. Er deutete ferner die Möglichkeit einer Beendigung der amerikanischen Hilfe für Griechenland an, falls eine neue Regierungskrise mit diktatorischen Methoden gelöst werden sollte.

Am vergangenen Dienstag trafen 20 höhere amerikanische Offiziere in Athen ein, die als Verbindungsoffiziere griechischen Einheiten zugeteilt werden sollen. Damit befinden sich augenblicklich 50 Verbindungsoffiziere in Grie-

chenland, 30 weitere werden noch erwartet.

Bei Korinth wurde in 32stündigen erbitterten Kämpfen der Großangriff der Partisanen durch Regierungstruppen abgeschlagen. Die Partisanen verloren dabei über 250 Tote und 100 Gefangene.

In einem Memorandum an die Balkankommission der UN protestiert die griechische Regierung gegen die den griechischen Partisanen durch die Rumänischer Albanien, Jugoslawiens und Bulgariens geleistete Unterstützung, sowie gegen die in diesen Ländern veranstalteten Sammlungen zugunsten der Aufständischen.

Arabisches Komitee macht nicht mit

JERUSALEM. Das Hohe arabische Komitee hatte am vergangenen Montag eine Einladung der Palästina-Kommission der UN ablehnt und sich geweigert, vor ihr auszusagen.

Zum ersten Male wurde in der Palästina-Kommission der UN die Entsendung von Truppen nach Palästina erwogen.

In London befähigte sich am vergangenen Dienstag das Oberhaus mit dem Palästina-Problem. Von konservativer Seite wurde dringend die baldige Abgabe des Palästinaamandats gefordert, da die britischen Verluste mit jedem Tag wüchsen.

Vor dem Unterhaus erklärte Sir Stafford Cripps, die britischen Militärausgaben für Palästina hätten für die Zeit vom 1. Juli 1945 bis 30. November 1947 100 Millionen Pfund betragen.

Britische Truppen unterbrachen am vergangenen Montag die Verbindungen zwischen Palästina und dem Libanon durch Sprengung einer Grenzbrücke. Wie weiter verläuft, verkaufte die britische Armee der jüdischen Agentur 21 Ausbildungsflugzeuge.

Provisorium „Frankfurt.“

Von Carl Pflil

Die Frankfurter Konferenz der beiden Militärgouverneure der Bizone mit verantwortlichen deutschen Vertretern und die dabei grundsätzlich beschlossene Umgestaltung der deutschen Verwaltung hat in der Öffentlichkeit des In- und Auslandes mehr Aufsehen erregt, als sie ihrem realen Gehalt nach verdient. Die sowjetische Militärregierung glaubt darin eine erneute Verletzung des Potsdamer Abkommens erblicken zu sollen; und selbst Frankreich das den völlig desorganisierten Zustand in der Mitte Europas und die daraus resultierenden Gefahrenquellen genau kennt, ließ offiziell in London und Washington gegen die mit dem Frankfurter Beschlüssen eingeleitete Entwicklung protestieren.

Was war geschehen? Welche Neuerungen bringen die Frankfurter Beschlüsse? Fassen wir diese kurz zusammen:

1. Der Zweizonen-Wirtschaftsrat soll von bisher 52 auf künftig 104 Abgeordnete erweitert werden.

2. Der Exekutivrat, ein in Funktionen und Kompetenzen bisher recht unglücklich konstruiertes Gremium, soll in einen „Länderrat“ (nach Art einer zweiten Kammer) umgewandelt werden, in dem jedes Land der Bizone zwei Vertreter entsendet, von denen der eine der Ministerpräsident des betreffenden Landes sein kann.

3. Die fünf Direktoren der Hauptverwaltungen werden zu einem „Verwaltungsrat“ zusammengefaßt, an dessen Spitze ein gewählter Präsident stehen soll.

4. Das bizonale Personalamt und das noch zu schaffende Statistische Amt sollen dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates unmittelbar unterstellt werden.

5. Ein Oberster Gerichtshof soll geschaffen werden, der insbesondere bei Kompetenzkonflikten zwischen bizonalen Dienststellen und Länderregierungen Entscheidungen treffen soll.

6. Eine Länder-Unions-Bank soll als zentrales Geldinstitut durch die bereits bestehenden Landeszentralbanken errichtet werden.

7. Ein Teil der Stäbe des Bipartite Control Board soll von Berlin nach Frankfurt verlegt werden.

8. Zu einem späteren Zeitpunkt soll eine sechste Hauptverwaltung, die „Verwaltung für Arbeit und Sozialwesen“, errichtet werden.

Soweit der bisherige Tatbestand, bejaht man die Notwendigkeit einer lebendigen Weiterentwicklung des gegenwärtigen, sozusagen embryonalen Zustandes deutscher Selbstverwaltung, so liegt keinerlei Anlaß vor, dem Tatbestand zu dramatisieren. Vielmehr offenbart sich dem kritischen Blick sogleich, daß auch der neue, in den Frankfurter Beschlüssen umrissene Zustand nur ein Provisorium auf dem Wege zu jener deutschen Selbstverwaltung ist, die ja doch eines Tages kommen muß und kommen soll. Diese Entwicklung liegt nicht etwa nur im deutschen Interesse, sondern ebenso sehr in dem der gesamten zivilisierten Welt, soweit sie eine Konsolidierung Europas ernstlich will.

So sehr jeder Schritt auf diesem Wege von der Bevölkerung in der Doppelzone begrüßt wird, so wenig erscheint die Frankfurter Lösung als ideal. Die Kritik wendet sich zunächst dagegen, daß der Wirtschaftsrat durch schematische Verdoppelung der Zahl der Abgeordneten erweitert wird. Da die Abgeordneten des Wirtschaftsraates nicht vom Volke gewählt, sondern von den Länderparlamenten bestimmt werden, erscheinen sie nicht als unmittelbare Volksbeauftragte. So besteht die Gefahr, daß nicht die verantwortliche Einzelpersönlichkeit, sondern die durch Fraktionsdisziplin verstellte Parteipolitik im Wirtschaftsrat den Ausschlag gibt. Direkte Wahl der künftig 104 Abgeordneten hätte überdies den kleinen Parteien bessere Chancen gegeben.

Auch beim „Länderrat“ stellt sich die Frage, ob die beiden Vertreter jedes Landes nur das Sprachrohr der betreffenden Landesregierung sind, oder ob jeder derselben auf Grund persönlicher Meinungsbildung seine Stimme abgeben darf. General Clay hat in mündlichen Rücksprachen diese Frage offen gelassen. Es liegt also bei den Deutschen zu zeigen, was sie aus dem Länderrat zu machen verstehen; ob man sich dort vom Gesamtwohl leiten läßt oder — in Ueberspitzung föderalistischer Ideen — sich partikularistisch auseinandersetzt.

Allgemein begrüßt wird die Zusammenfassung der fünf Direktoren zu einem Verwaltungsrat. Seine schwebende Ähnlichkeit mit einem „Kabinet“ verantwortlicher Minister sollte indessen nicht darüber hinwegtäuschen, daß jede deutsche Behörde in der Bizone, welche organisatorische Form auch immer man ihr geben mag, in ihren letzten Entscheidungen stets vom Willen der Besatzungsmächte abhängig ist. Es bestehen keinerlei Anzeichen dafür, daß diese beabsichtigen, das Heft aus der Hand zu geben. Die da und dort gezeigte Aufregung über eine angebliche „Regierungsbildung“ in der Bizone scheint daher doch wohl vorwiegend von taktischen Erwägungen veranlaßt zu sein.

Auch die Errichtung einer bizonalen Zentralbank sollte keinen überraschen, der sich über die Durchführung einer eventuell notwendig werdenden Geld- und Währungsre-

form allein in den Westzonen Gedanken gemacht hat. Deutschlands wirtschaftlicher Zustand ist überseht für eine Sanierung der Währungs. Kann sie — sehr gegen deutschen Wunsch — auf Vierzonenbasis nicht zustandekommen, muß die bi- oder trizonale Lösung als das kleinere Übel hingenommen werden.

Alle organisatorischen Verbesserungen so anerkanntswert, ist notwendig sie sind vermögen nichts an der gegenwärtigen Situation zu ändern. Hungernde Volksmassen sind kein tragfähiger Untergrund für den Bau einer neuen deutschen Selbstverwaltung, mag diese im einzelnen aussehen wie sie will.

„Militärische Einrichtung“ Buchenwald

WEIMAR. Einer Gruppe amerikanischer Journalisten, die gegenwärtig unter sowjetischer Begleitung die Ostzone bereist, wurde die Besichtigung des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald verboten. Die sowjetischen Beamten erklärten, das Lager sei eine „militärische Einrichtung“, in der jetzt Sowjettruppen untergebracht seien. Einwohner Weimars berichteten jedoch, als sie befragt wurden, daß sich in den einzelnen Abteilungen des Lagers etwa 1000 Gefangene befänden, die dort zurückgelassen würden.

Der Chef der SMA für Sachsen, General Dudarow erklärte, er würde gerne eine strengere Kontrolle der Deutschen durch die westlichen Alliierten sehen, damit Deutschland „niemals an der Sowjetunion Vergeltung über könne“. Die UdSSR beabsichtigt, Getreide nach Deutschland einzuführen, um einen Ausgleich für die mögliche deutsche Ernte zu schaffen. Ein Geschenk werde dies allerdings für die deutsche Bevölkerung nicht sein. Die Rohstoffe für die Sowjet-AGs in Sachsen würden ausschließlich aus der UdSSR beschafft.

Auch der Granitabbau im Erzgebirge wird nach Aussagen des sächsischen Ministerpräsidenten Seydewitz von einer Sowjet-AG mit etwa 25 000 Arbeitern durchgeführt.

Nachhilfe bei Bodenreform

HANNOVER. Der britische Gebietsbeauftragte für das Land Niedersachsen, Brigadegeneral Lingham, teilte in einer Pressekonferenz mit, eine Auflösung des niedersächsischen Landtags sei bei dem gegenwärtigen Stand der Diskussion über die Bodenreform durchaus möglich.

Im Verlauf eines Vierteljahres war die Diskussion der Bodenreform nicht weniger als dreimal von der Tagesordnung des Landtags abgesetzt worden, weil sich die Parteien nicht einigen konnten. CDU, FDP und Deutsche Partei wollten die Bodenreform erst diskutieren, wenn ein entsprechender Entwurf der Regierung vorliegt. Gegen Absetzung von der Tagesordnung hatten sich die SPD und die KPD ausgesprochen.

Das niedersächsische Staatsministerium hat nunmehr einen Gesetzentwurf zur Durchführung der Bodenreform und einen zweiten zur Beschaffung von Siedlungsland dem Landtag zugeleitet.

Keine Einigung über Bodenreform?

TÜBINGEN. Das Kabinett von Württemberg-Hohenzollern konnte sich auch in seiner Sitzung vom 19. Januar — sie soll acht Stunden gedauert haben — nicht über den Regierungsentwurf zur Durchführung der Bodenreform einigen. Über die gezielte Kabineinrichtung, die sich mit demselben Thema beschäftigte, liegt noch keine Meldung vor.

Wirtschafts- und Finanzminister tüpten

BADEN-BADEN. Die Wirtschafts- und die Finanzminister der Länder Rheinland-Pfalz, Südbaden und Württemberg-Hohenzollern haben am vergangenen Montag und Dienstag mit dem maßgebenden Vertretern der französischen Militärregierung schwebende Wirtschaftsaufträge besprochen. Erörtert wurden vor allem die Neuanstellung des Außenhandels und die Programme für die Produktion und Verteilung von Textil- und Lederwaren für das Jahr 1948. Die Verteilung von Bekleidung und Schuhwerk soll sich danach gegenüber 1947 spürbar bessern.

Anschluß an die Bizone „unbedingte Erfordernis“

KOBLENZ. Der Landtag von Rheinland-Pfalz billigte in seiner Sitzung am vergangenen Mittwoch gegen die Stimmen der KPD einen Entschließungsantrag der CDU-Fraktion folgenden Inhalts:

„Das Scheitern der Londoner Konferenz der Außenminister hat für das Land Rheinland-Pfalz wie für alle deutschen Länder eine Lage geschaffen, die schnelle verlässliche Maßnahmen zur Sicherung der Fortexistenz der deutschen Wirtschaft unerlässlich macht. Nachdem sich die grundsätzliche von allen Besatzungsmächten gewünschte wirtschaftliche Einheit aller Zonen noch nicht verwirklicht hat, ist der Anschluß der französischen Zone an die englische und amerikanische Zone ein unbedingtes Erfordernis. Damit wird eine wesentliche Voraussetzung zur Wiederherstellung erträglicher Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung geschaffen und die Mitarbeit unseres Landes am deutschen Wiederaufbau ermöglicht.“

Der Landtag ersucht deshalb die Landesregierung, sich bei der Militärregierung mit größter Eindrücklichkeit für den sofortigen Anschluß der französischen Zone an die Bizone einzusetzen.“

Ein Abgeordneter der CDU, der sich mit Fragen der landwirtschaftlichen Erzeugung befaßte, gab bekannt, daß etwa 70 Millionen Liter Wein abgelagert worden seien. Dem Handel stünden hiervon 56 Millionen zur Verfügung. Hiervon seien in Kürze an die französischen Intendanturen 21,5 Millionen Liter zu liefern. Für Brennzwede, Prioritätsbetriebe, Ekomais, die Wermut herstellen, den Interzonenhandel und den Ausgabekonten 1947 67 Millionen Liter beansprucht worden. Der Weinbau befände sich zwar nicht in einer Abwärtsphase, doch müsse mit einem gewissen Substanzverlust gerechnet werden, zumal im vergangenen Jahr noch fast 50 000 000 Liter aus der Vorjahresernte vorhanden gewesen seien.

Die Ernährungskrise im Ruhrgebiet

DÜSSELDORF. In Essen, Duisburg, Mülheim, Oberhausen und Köln wird wieder normal gearbeitet.

In Nürnberg protestierten 50 000 Arbeiter gegen die schlechte Ernährungslage. Die Betriebsräte kritisierten die ablehnende Haltung der bayerischen Staatsregierung gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften. Die Haltung der Regierung wurde als eine offene Kampfansage bezeichnet. Die Staatsregierung habe alles getan, um auf dem Ernährungssektor ein Chaos zu schaffen.

Der amerikanischen Militärregierung wurde vorgeworfen, daß sie nichts getan hätte, um die Milchwirtschaft in Bayern abzustellen.

Die bayerische SPD macht Regierung und CSU als Hauptschuldige für die unzulässige Waren- und Nahrungsmittelerfassung in Bayern verantwortlich.

Die Regierung von Württemberg-Baden ist mit einer 50-prozentigen Kürzung der Fettrationen des Landes zugunsten von Nordrhein-Westfalen einverstanden. Der Gewerkschaftsbund von Württemberg-Baden erklärte jedoch, daß er eine Kürzung in der 110- und 111-Zuteilungsperiode nicht anzuerkennen beabsichtige.

Das schwarz-holsteinische Kabinett akzeptierte in einer Sondersitzung den Düsseldorfer Beschluß unter der Bedingung, daß auch die übrigen Länder sich ihm unterordnen.

Der Wirtschaftsrat der Bizone nahm in seiner Sitzung vom vergangenen Mittwoch das Gesetz zur Auflösung des Reichsverbandes an und verfaßte eine vorübergehende Streichung der Butterrationen der Selbstversorger. Der Direktor für Verwaltung und Ernährung, Schlange-Schönningen, bat in einer Erklärung die Besatzungsmächte, der Bizone den Einkauf hochwertiger Nahrungsmittel in den Nachbarländern zu gestatten. Er wisse sonst nicht, wie die drei nächsten Monate überstanden werden sollten. Die Ruhe an der Ruhr könne vielleicht den Frieden der Welt erhalten. Der Präsident des Wirtschaftsrats, Dr. Köhler, gab bekannt, der Wirtschaftsrat sei nunmehr bereit, überschüssiges Material der amerikanischen Armee für ein Viertel seines Netzwertes mit Hilfe von Exportlizenzen zu kaufen.

Nachrichten aus aller Welt

MÜNCHEN. Im Oberfließen Zirkus Krone fand am vergangenen Sonntag die erste Großkundgebung der Bayern-Partei statt. Zum Schutz der Redner war ein aus oberbayerischen Bauernbüchsen bestehender Staatsschutz gebildet worden.

NÜRNBERG. Am vergangenen Mittwochabend explodierten im Spießmarkt des Grandhotel, dem Standort der amerikanischen Armee, sechs 2-cm-Kartuschen. Verletzt wurde niemand. Von amerikanischen Seite wird das Attentat mit dem dritten Jahrestag des Luftangriffs auf Nürnberg durch die alliierten Luftstreitkräfte, durch den fast die ganze Stadt zerstört wurde, in Verbindung gebracht.

HÖRNERG. Hilfer Fotograf, Heinrich Hoffmann, der als Zeuge im IG-Farbenprozess geladen war, konnte nicht erscheinen, weil er der Generalstaatsanwaltschaft in Nürnberg bisher nicht möglich war, das Arbeitslager ausfindig zu machen. In dem Hofmann seine zehnjährige Arbeitslagerstrafe abläuft.

NÜRNBERG. I. der 4 verhafteten Vorsteiger im Knapp-Prozess kamen auf Grund ihrer offiziellen Entschuldigung mit der Freigabe bis Montag erlassenen Haft weg. Der E. Anwalt, der die Entschuldigung kategorisch verweigerte, wurde von jeder weiteren Tätigkeit bei den Nürnberger Militärgerichten ausgeschlossen. Die übrigen Verteidiger erhielten eine Verurteilung.

HANNOVER. Auf einer Pressekonferenz in Hannover teilte der britische Gebietsbeauftragte für Niedersachsen, Lingham, mit, daß ein Teil der deutschen Abwanderungswillige zur Demontage in der britischen Zone angeschlossen werden sei.

DÜSSELDORF. Die Militärregierung hat den Volkskongress in Nordrhein-Westfalen mit der Begründung verboten, es werde vorgeschrieben, er werde von allen Parteien und Bevölkerungsgruppen gefordert. In Wirklichkeit werde der Kongress von allen Parteien, mit Ausnahme der KPD, abgelehnt.

BERLIN. In Berlin fand am vergangenen Samstag die Tagung des Deutschenrates des „Jungen Unions“ statt, bei der eine Entschlüsselung abgelehnt wurde, die besagt, daß die „Junge Unions“ ihre Arbeit in der sowjetischen Zone einstellen müssen.

wenn nicht ein freigelegter außerordentlicher Parteitag der CDU in der Ostzone und in Berlin abberufen werde.

BERLIN. Die Ostzonenleitung der LDP hat den Berliner Landesverband, der die prorusische Politik von Wilhelm Kütz heftig bekämpft, aus dem Gesamtverband der Partei ausgeschlossen und zur Gründung eines neuen Landesverbandes Berlin aufgefordert.

BERLIN. Die circa 100 000 deutschen Kriegsgefangenen, die sich noch in britischer Gefangenschaft befinden, werden voraussichtlich bis Ende Juni 1948 entlassen werden.

LONDON. Ministerpräsident Attlee erklärte im Unterhaus auf eine Anfrage hin, er glaube nicht, daß im Augenblick eine Zusammenkunft der vier Großmächte zur Besprechung der internationalen Lage wirksam beizutragen könne.

ROM. Zwischen Italienern, Engländern und Franzosen Sachverständigen finden dieser Tage in Rom Besprechungen über die europäische Zusammenarbeit im Rahmen des Marshall-Plans statt.

ROM. Auf dem jetzt in Rom tagenden italienischen Sozialistenkongress wird das Zusammengehen der Sozialisten mit den Kommunisten eingehend erörtert.

BUKAREST. Ministerpräsident Gheza hat in Begleitung von Außenminister Anna Pauker und anderen rumänischen Ministern sich nach Budapest begeben, um dort einen rumänisch-ungarischen Beistandspakt zu unterzeichnen.

MOSKAU. Am 21. Podestasse Lenin schwen Generalissimus Stalin, Außenminister Molotow und andere führende Parteifunktionäre der Sowjetunion in einer Feier im Großen Theater in Moskau teil.

LAKE SUCCESS. Der Sicherheitsrat der UN hat eine dreigliedrige Kommission mit der Schlichtung des Konfliktes zwischen Indien und Pakistan wegen Kaschmir beauftragt.

NEU DELHI. Am vergangenen Dienstagabend explodierte nach der Gebetszeit eine Bombe in der Wohnung des Mahatma Gandhi. Es wurde dabei niemand verletzt.

Verschleierung

„Nach langen Jahren der Entzweiung fällt es begreiflicherweise schwer, erstens eine eigene Meinung zu haben und, noch schwieriger, feststellen zu müssen, daß andere nicht derselben Meinung sind. Letzterem versuche die „Arbeitsgemeinschaft der politischen Parteien in Altenteuern“ — so unterrichtet uns die „Westfälische Post“ — zuvorzukommen, nachdem sie selbst anscheinend sich untereinander einer Meinung geworden waren. Man schrieb daher kurzerhand an einen Redakteur u. a. folgendes:

„Durch einen Beschluß der Arbeitsgemeinschaft der politischen Parteien teile ich Ihnen mit, daß Sie als Pressereferent einer Zeitung nur allgemeine Artikel schreiben dürfen. Jeder Artikel, z. B. Gemeindevorstellungen, politische Versammlungen usw., müssen in Zukunft vor Veröffentlichung dem Pressenausschuß der politischen Arbeitsgemeinschaft vorgelegt werden. Sollte in Zukunft ein politischer Artikel in einer Zeitung veröffentlicht werden, ohne vorher vorgelegt zu haben, wird strafrechtliche Verfolgung beantragt.“

Ein rechtlicher Versuch in Güte, wenn man von der geringen Drohung gegen Ende absieht. Sollte hier nicht ein offenkundiger Fall von versuchter Verschleierung eines schmerzlichen Tatbestandes vorliegen? — Daß man nämlich wie mancherorts versucht verhüten möchte, es könnte jemand darauf verfallen, Unfähigkeit zu positiver Handlung beim rechten Namen zu nennen. Wo man vielleicht gerade so schön einer Meinung ist, keine Meinung haben zu wollen. Und dies ganz allgemein.

Gründlich kuriert!

Es ist sicher möglich, wenn auch einmal die Angehörigen fremder Nationen an eigenen Leibe verprügeln, wie es uns Deutschen bei den derzeitigen Kolonialkriegen zumute sein muß. Da hatte kürzlich der Vater von drei verwöhnten Sprößlingen amerikanischer Herkunft sich ein probates Mittel eronnen, um seine Töchter gründlich zu kurieren. Sie närgelten immer über das Essen. Der betreffende Beamte des amerikanischen Hauptquartiers in Frankfurt wartete mit seinen Töchtern um 30 Dollar, daß sie es nicht 14 Tage lang bei deutscher Verpflegung aushalten würden.

Das Ergebnis war entsprechend. Zwei der Töchter, die in deutschen Familien die hargen Rationen vorziehen mußten, kamen schon nach zwei bzw. drei Tagen rein ins Elternhaus zurück, die dritte gewann allerdings die Wette, denn sie hatte angehalten. „Aber es sei schrecklich gewesen“, war ihr Urteil. Sie mußte mit ihrer deutschen „Pflege-mutter“ Schlange sehen und bekam somit einen Begriff von den „Freuden“ unserer Hausfrauen. Am nächsten Tag war sie über die katastrophale Lage der Speiskammern bestürzt.“

In der Zwischenzeit hatte die amerikanische Familie die Töchter einer deutschen Familie verpflegt. Sie waren natürlich zur sofortigen Wiederholung eines derartigen „Kursanfenthaltes“ bereit. Die amerikanischen Kinder aber gelobten, immer zufrieden mit dem Essen zu sein. Sie hatten eine Lektion für ihr spätes Leben empfangen. el.

Dornier - Maybach - Zeppelin

TÜBINGEN. Aus einer Beilage zum Regierungsblatt für das Land Württemberg-Hohenzollern vom 17. Januar geht hervor, daß nach Einholung der Stellungnahme der deutschen Stüberungsinstanzen die Militärregierung befehl u. a. gegen nachstehende Personen die aufgeführten Stüberungsmaßnahmen anzuwenden:

- Direktor Claude Dornier 300 000 RM, Dr. Hugo Reckner 100 000 RM, Knut Eckener 12 000 RM, Dr. Karl Maybach 200 000 RM, Fritz Oesterle (staatspolitischer Leiter bei Dornier) 100 000 RM, Fritz Roman (Ingenieur bei Maybach) 100 000 RM, Goldbülle (Den aufgeführten Personen wurde außerdem jede leitende Tätigkeit auf 8 Jahre unterzagt. Direktor Ludwig Dürr (Zeppelin) glog alle Maßnahmen aus dem Stüberungsverfahren bevor.

Herausgeber und Schriftleiter: Wolf Hans Hebecker
Dr. Ernst Müller und Alfred Scheraga
Weitere Mitglieder der Redaktion:
Dr. Helmut Kersch und Joseph Klinghöfer
Monatlicher Bezugspreis: einseitig 1,50 RM, dreiseitig 2,25 RM, Einzelheftverkaufpreis 20 Pf.
Erscheinungsort: Tübingen und Freitag

Robert Bosch

Von Theodor Heuss

„Uebung sein Temperament gab er sich keiner Täuschung hin, und würde er als alter Mann die Bedeutung dieser Jugendbeurteilung in die Hand bekommen haben, hätte er wohl bemerkt, daß die „Besserung“, die er da sieht, langsam nur ein Annäherungswert geblieben ist. Aber wie sah er die Grundstruktur seines Wesens? Ich habe mir schon oft die Frage selbst vorgelegt, was ich denn eigentlich sei und bin mir noch zur nicht klar darüber, letztlich habe ich sogar meine Eigenschaften nach der Schädellehre studieren wollen, um einen Schluß machen zu können, kam aber zu nichts. Es ist eben sehr schwer, sich selbst kennenzulernen und doch wäre es so gut und vorteilhaft, wenn man sich sagen könnte, warum man so und so handelt und denkt. Ich danke ganz entschieden in manchen und vielen Sachen sehr realistisch und die Prosa mit dem Abendessen finde ich ganz am Platz. In anderer Hinsicht bin ich aber das gerade Gegenteil...“ Ich selbst bin mir aber nicht klar, ob ich mit meiner realistischen Denkweise mit Selbstvertrauen oder idealistisch denkend verübt behandelt habe... Du nimmst es mir schon nicht übel, wenn ich so viel von mir selbst spreche, und hilfst es auch nicht für Einbildung; ich möchte nämlich nicht einbildet sein, denn dann müßte ja das ganze Selbstvertrauen vor der Einbildung weichen, und ich wäre dann doch vielleicht ein einbildeter Idealist und das möchte ich nicht sein, davon verspreche ich mir weniger Gutes als selbst wenn ich der Meister/Alte von reinstem Wasser wäre...“ (9. 12. 1885).

Doch der sichere Ton ist nicht immer da: „Bei allgemeinem Selbstvertrauen und bei all dem Lob, das mir schon rufend wurde, deckt mich immer eines um das ist, wenn ich doch nicht wäre, was ich scheine, wenn ich doch nicht fähig wäre, mir eine Stellung zu verschaffen,

die mir erlaubte, Dich an mich zu fesseln, wenn ich vielleicht später Unglück hätte. Auch mir, Anna, kommen Tränen oft zu früh, doch hier will ich mich dermaßen nicht schämen.“ Von seinem Vater sagte Robert Bosch ja einmal, er sei eine weiche Natur gewesen, habe das aber nicht wahr haben wollen. Nun war der Sohn gewiß aus einem kräftigen Holz geschnitten, aber dies Erbe übte ihm, welche Anwendungen zu verbergen. Sie sprechen in den Briefen nur sparsam und dann, wenn er aus seinem Glücksgefühl fremdes Leid in hilfloser Verlegenheit sieht. Das ist dann weiche und unmittelbare Empfindungskraft. Alle republikanische Sentimentalität war seinem Wesen fern. Darüber gibt es in dem Tagebuch der Rückfahrt aus Amerika einen lustigen Eintrag: „Heute Abend schloß an Deck. Wolte sentimental sein. Sang: „Da drunten in der Mühle; Ging nicht, fiel bald über in; Im Krug zum grünen Kranze.“ Stimme ist nichts für Sentimentalisches.“

Den breitesten Raum in der Art von Selbstdarstellung durch die Jugendbriefe beanspruchten neben dem sozialistischen Bekenntnis, mit diesem sich gelegentlich vermengend, die religiösen Thesen, dies auch deshalb, weil er hier bei der Adressatin auf einen sich begründenden, von ihm erwarteten und durchaus geschätzten Widerspruch stieß: es gehen seitens der beiden jungen Menschen, die eine verschiedene Familienatmosphäre erlebt haben, und nun in der Abgrenzung der Positionen die eigene innere Haltung bewahren, die des Partners erkennen, achten, rhema wollen. „Eine Sache von großer Wichtigkeit“ damit habe der erste Brief gleich an (21. 3. 1885), denn Anna hatte gemeint, daß ohne ein vollständiges gegenseitiges Einverständnis sie ein glückliches Zusammenleben nicht denken könne. Und dann kommen die lapidaren Sätze: „Meine Religion stimmt in einem Wahlspruch: „So gerecht, Mein Gott, ist die Menschheit, daß sie die ganze Welt, beiseite ich, in legendärer Beziehung einen meiner Mitmenschen,

so sündige ich. Den Vorwurf, daß ich den Armen seinen Gott und die Vergeltung der Sünden sowie die Belohnung nach dem Tode nehme, weise ich zurück. Das erste und größte Unrecht in der Welt ist, daß es Arme und Reiche gibt, jeder Mensch, der geboren wurde, hat damit das Anrecht auf alle Erdengüter erlangt, ob das das Kind eines Bettlers oder eines Milliardärs ist. Schon damit, daß es heißt, ich nehme dem Armen seinen ganzen Trost, zeigen die, die den Vorwurf machen, daß er hilflos ist, da ja demnach der Reiche keinen Trost braucht, um glücklich auf Erden zu sein.“

Anna Kayers Widerspruch reiste Bosch an, dies Thema wiederholt aufzunehmen und mit Übererörterungen seine Auffassung vorzutragen. „Die christliche Religion, so gut wie die heidnische, ist eine Religion der Reichen, fällt diese, so müssen die ganzen Zustände sich ändern; die Religion der wirklichen, praktischen, nicht der geneideten Nächstenliebe ist Sozialismus. Eine Vererbung der Sünden ist Unsinn, was man tut, hat man zu verantworten, die Vergebung der Sünden macht Verbrecher, siehe Italien mit seinen Mördern usw.; zudem, angenommen, wir haben einen persönlichen Gott, wer ist besser, der nachher aus einem gewissen Brang nach Gerechtigkeit an der Pflichtigkeit unserer Ordnung bzw. wird und nicht mehr an sich seine menschlichen Fehler zu heizen nimmt und sie zumachen sucht, oder der, welcher seine Fehler in seinem guten Glauben, d. h. weil er nie sich über dergleichen Sachen Gedanken macht, sich vergeben läßt? Mühte nicht Gott dem irre Gewordenen dem Unzulänglichen, nur weil er den Fehler machte, nachzudenken? seine Fehler viel eher verzeihen? Es ist gar kein System in der ganzen christlichen Religion mit ihrem „Der Glaube allein, macht selig“. Der Reiche, wenn er nur kein Geistes- und keine Nächstenliebe hat, kann glauben, was er will und zufrieden sein, aber er hat ein großes Interesse daran, dem Armen seinen Glauben an Gott zu lassen, deshalb, je höher hinauf, desto mehr hält man auf die Kirche und noch

etwas: unsere Religionen sind zum Vorteil der Bevorzugten.“... Es ist fröhlich auch psychologisch besser, Unrecht leiden als Unrecht tun. Aber es gibt ein Drittes, das vernünftiger und edler ist als beides: mit Mut und Tatkraft verhindern, daß durchs ganze Unrecht geschehe. In unserem Leben Vaterland hat man das Kreuz zwar meist weggenommen, aber der Galgen dafür hingesezt. So schlecht dieser ist, so kommt er mir doch noch etwas besser vor. Das Kreuz verhält sich zum Galgen wie der Mönch zum Soldaten; Die ersten sind die Instrumente und die zweiten die Handlanger der geistlichen und weltlichen Despoten...“ (10. 7. 1895). (Schluß folgt)

Der weise Richter

Von Leo Tolstoj
Einst verlor ein reicher Kaufmann einen Beutel mit Geld. Da machte er bekannt, daß sich in dem Beutel zweitausend Rubel befanden hätten, und daß die Hälfte davon dem Finder gehören solle.
Nun fand ein Arbeiter diesen Beutel und trug ihn zum Kaufmann. Den Kaufmann aber reute die Hälfte des Geldes, die er als Belohnung versprochen. So dachte er sich schnell aus, daß in dem Beutel noch ein kostbarer Edelstein gewesen wäre und sagte: „Ich kann die das Geld nicht geben, denn in dem Beutel war noch ein kostbarer Stein. Gib mir den erst zurück, dann kannst du auch deine tausend Rubel haben.“ Der Arbeiter ging zum Richter. Der Richter hörte die beiden an und falls dann seinen Urteilspruch, indem er sich zum Kaufmann wendete: „Du sagst, daß zweitausend Rubel in dem Beutel waren und ein kostbarer Stein dazu. In diesem Beutel aber befindet sich kein Edelstein, folglich gehört er nicht dir. Deshalb soll der Arbeiter den Beutel mit dem Geld solange behalten, bis sich der rechtmäßige Besitzer findet. Da aber machst du weiterhin den Verlust der 1000 Rubel bekannt.“
Da stritt der Kaufmann nicht länger und gab dem Arbeiter die versprochenen tausend Rubel.
(Aus dem Russischen: Übersetzung von Dr. Schröder)

Das Schicksal der Kollaborateure

Über das Ende der ausländischen Politiker, die während des Krieges mit Deutschland zusammenarbeiteten, ist in der Öffentlichkeit wenig bekannt geworden.

Am Abend des 8. Mai 1945 klopfte Norwegens ehemaliger Ministerpräsident an die Tür des Stadtschlosses von Oslo und bat um Einlaß.

An einem kalten Oktobermorgen widerhallen die Mauern der mittelalterlichen Festung Akershus von den Schüssen eines Fötors.

Bereits wenige Wochen nach Kriegsende hatten die Belgier den flämischen Nationalistenführer Hendrik Elias gerichtet und am 15. Oktober 1945 starb Pierre Laval auf dem Gefängnisinsel von Fresnes vor einem Militärkommando.

Auch Antonescu verließ die politische Bühne seines Landes mit einem erregenden Abgang. Nach einem dramatischen Auftritt mit dem jungen König Michael im August 1944 von der Schloßwache verhaftet, verurteilte ihn ein rumänisches Volksgericht wegen Hochverrats zum Tode.

Eine der schmerzhaftesten Gestalten in der fragwürdigen Gaunerei der Verräterprominenz war die fast zwei Meter hohe, lässige Erscheinung des Russen Wlassow, der nach seiner Gefangennahme am Wolchow eine „Befreiungsarmee“ ins Leben rief.

Die Zunderfrieder

Von Heinrich Langenbach

Das Zunderschneiden zählt zu den zumutlich nicht erfüllten Waldgewerben. Die Zunderschneider waren also nicht organisiert, kümmerten sich um die Schutzmaßnahmen der Waldungen so gut wie gar nicht und lagen somit in ständigem Kampfe mit den Furchenkeulen, Waldhüttern und Klosterförlern.

Das Zunderschneiden ist das Einsammeln von besonderen Pilzarten, die sich zur Herstellung von Zunder eignen. Namentlich waren der Löcherpilz, welcher sich in den mächtigen Eichen- und Buchenwaldungen, auf den Grinden und Weidplätzen und in den sogenannten Viehlgärrn fand und dort von den Hirten als Feuerpilz oder Feuerschwamm gesammelt wurde.

Die Verwendung des Zunders als Wunderschwamm, als blutstillendes Heilmittel, war fast ebenso bekannt wie seine Verwendung beim Feueranzünden.

Opel-Kadott und übergab ihn den Russen. Ein Jahr später, im Mai 1946, wurde er angeblich an der westlichen Zonengrenze noch einmal gestellt und erneut nach Moskau gebracht, wo bald darauf ein kurzes Kommando seine Erhöhung bekanntgab.

Vier Wochen später entzog sich in Belgrad General Neditch serbischer Regierungschef während der deutschen Besatzung, bei einem Verhör der Verantwortung durch einen Sprung aus einem Fenster des dritten Stockwerks.

Während die Chinesen den „einsamen Wolf“ Tschun Kung Po, der dem verstorbenen Wangtschunwei in der Ministerpräsidentenschaft der Schattenregierung von Nanking folgte.

Bad Oeynhausen - Stadt hinter Stacheldraht

B. L. Die Stadt Bad Oeynhausen feierte in diesen Tagen ihren hundertsten Geburtstag. Die Jubiläumveranstaltungen fanden im Theater statt, im „Garrison Theatre“, wie es heute heißt.

Durch die einseitige Evakuierung wurden von etwa 230 000 Quadratmetern Wohnraum rund 200 000 für den Bedarf der Besatzungsmacht freigegeben und neuntausend von fünfzehntausend Menschen betroffen.

Darüber gingen nun fast drei Jahre ins geplagte Land, und was die meisten für ein kurzes Interim hielten, erwies sich nachher als ein züchtiger Dauerzustand. Das Unwohlwichtige, „Niedergewonne“ wurde schände Alltätigkeit.

et Gallant unter dem Schutz Ibn Sauds in Arabien lebt, steht hinter Namen wie De-Groen, Deat, Pawellisch und Bose noch immer ein unverrückbares Fragezeichen.

Subhas Tschandra Bose der zuletzt in Singapur der Regierung eines „freien Indiens“ präsidierte, war nach japanischen Meldungen kurz vor der Kapitulation bei einem Flugzeugunfall schwer verunglückt und wenig später in einem japanischen Hospital verstorben.

Gewesen hat ihn irgend jemand so wenig wie die kroatischen „Poglavnik“ Ante Pawellisch der in der Kulte eines Franziskanerordens in Buenos Aires aufgetaucht sein soll.

Russische Kriegspläne?

Gen - Die amerikanische Presse ist selten um Neuigkeiten vorlegen, die ihren Lesern Spaß machen.

So kann man in der Wochenschrift „Time“ die Kriegspläne Rußlands, wie sie ab 1. Januar 1948 verwirklicht werden könnten, lesen.

Keine bleibende Statt

Von Friedl Eiden

Die alte Frau wartete auf ihren einzigen Erben. Er war zuletzt in einem Lager in der Nähe gewesen, und nun glaubte sie, er werde auf dem Weg nach Haus hier vorbeikommen und sie mitnehmen.

Der Erbe kam nicht. Er gelangte auf anderen Wegen nach M., und weil er ein christlicher junger Mann war, bemühte er sich Tag und Nacht um die Rückkehr in seinen Beruf und hatte keine Zeit für die alte Frau.

Ende Oktober wurde sie krank. Schnell und verloren lag sie in einem grauen Hemd in dem ärmlichen Bett, das dünne weiße Haar stand wirr um das einseitig gekammte Gesicht.

„Keine bleibende Statt“

Von Friedl Eiden

Die alte Frau wartete auf ihren einzigen Erben. Er war zuletzt in einem Lager in der Nähe gewesen, und nun glaubte sie, er werde auf dem Weg nach Haus hier vorbeikommen und sie mitnehmen.

Der Erbe kam nicht. Er gelangte auf anderen Wegen nach M., und weil er ein christlicher junger Mann war, bemühte er sich Tag und Nacht um die Rückkehr in seinen Beruf und hatte keine Zeit für die alte Frau.

Ende Oktober wurde sie krank. Schnell und verloren lag sie in einem grauen Hemd in dem ärmlichen Bett, das dünne weiße Haar stand wirr um das einseitig gekammte Gesicht.

Die Wildschäden 1947 im Kreis Calw

Der durch Wildschweine und Rotwild an den Kulturen verursachte Schaden hat seit 1945 einen erschreckenden Umfang angenommen. Vom Frühjahr bis zur Ernte wütheten die Gemeinden fast täglich...

Vom Frühjahr bis zur Ernte 1947 sind nach amtlichen Schätzungen folgende Schäden in unserem Kreis durch Schwarz- und Rotwild verursacht worden: Kartoffeln: 803 Schadensfälle — mit einem Ernteaufschlag von 2437,5 dz. im Werte von 2430 RM; Getreide: 1401 Schadensfälle — mit einem Ernteaufschlag von 1250,5 dz im Wert von 2453 RM.

Calwer Stadtnachrichten

Aus dem Programm des Volkshilfswerkes. Ein übersichtlich gehaltenes und mit einer Einleitung des Leiters, Herrn Schulrat Schwesert, versehenes Heftchen gibt Auskunft über die Veranstaltungen. Eine Reihe von Vorträgen haben schon im alten Jahr stattgefunden, auch haben schon im Herbst Kurse ihren Anfang genommen.

Im Ruhestand. Betriebsassistent Jakob Burkhardt ist infolge Erreichens der Altersgrenze am 1. Januar in den Ruhestand getreten. 35 Jahre lang hat er der Allgemeinen Ortskrankenkasse Calw treu gedient und das Amt des Beitragsleiters und Krankenbeschauers versehen.

Aus den Gerichtssälen

Verständlich, aber gegen das Gesetz verstößend. Vor dem Richter in Calw standen gleich zehn Landwirte aus Deckenbrunn, weil sie bei der Viehzählung im letzten Jahr wissentlich falsche Angaben gemacht haben. Dadurch, daß sie jeder ein Schwein verschwiegen hatte, Neun sind durch Kriegsergebnisse abgetrieben und im Begriff wieder aufzubreuen.

Nagold-Korrektion eine unaufschiebbare Notwendigkeit. Aus der letzten Sitzung des Calwer Gemeinderats. Bürgermeister Blessing gab in der Sitzung am Dienstag noch einmal einen Überblick über den in der Stadt durch das Hochwasser angerichteten Gesamtschaden. Wie schon kurz berichtet, beträgt der Gebäudeschaden 200 000 Mark, die Schäden an den Wohnungen an Mobilien, Inventar, Brennmaterial, Lebensmittel usw. 135 000 Mark.

Vertrauen besah. Mit ihm ist ein Mann aus dem Dienst geschieden, der im wahren Sinne des Wortes in seinem Beruf aufgegangen ist und allesamt bemüht war, den bestehenden Verhältnissen gerecht zu werden.

Dienstnachrichten. Die Prüfung für die gebobrene Laufbahn öffentlicher Dienste haben mit Erfolg bestanden die Sparkassenpraktikanten Föll in Calw, Wägner in Altsitzing und Welker in Nagold.

Die Landespolizei berichtet

Erblassen. Im Zusammenhang mit dem Brandfall in der Nacht vom letzten Sonntag zum Montag, bei dem ein Bienenhaus abbrannte (wir berichteten von einem Holzschuppen) und wegen dringenden Verdachts des Schwarzhandels und Diebstahls wurden folgende Personen festgenommen: Johannes Reichert, Otto Reichert, Heinrich Schneider, Hans Wacker, sämtl. von Ebhausen, und Alfred Neidhardt aus Mannheim. Die Festgenommenen sind arbeitsscheu, ohne feste Arbeit und dringend verlässlich, anlässlich eines Zeckenspiels durch Fahrlässigkeit den Brand des Bienenhauses verursacht zu haben.

Verständlich, aber gegen das Gesetz verstößend. Vor dem Richter in Calw standen gleich zehn Landwirte aus Deckenbrunn, weil sie bei der Viehzählung im letzten Jahr wissentlich falsche Angaben gemacht haben. Dadurch, daß sie jeder ein Schwein verschwiegen hatte, Neun sind durch Kriegsergebnisse abgetrieben und im Begriff wieder aufzubreuen.

Nagold-Korrektion eine unaufschiebbare Notwendigkeit

Aus der letzten Sitzung des Calwer Gemeinderats. Bürgermeister Blessing gab in der Sitzung am Dienstag noch einmal einen Überblick über den in der Stadt durch das Hochwasser angerichteten Gesamtschaden. Wie schon kurz berichtet, beträgt der Gebäudeschaden 200 000 Mark, die Schäden an den Wohnungen an Mobilien, Inventar, Brennmaterial, Lebensmittel usw. 135 000 Mark.

Vertrauen besah. Mit ihm ist ein Mann aus dem Dienst geschieden, der im wahren Sinne des Wortes in seinem Beruf aufgegangen ist und allesamt bemüht war, den bestehenden Verhältnissen gerecht zu werden. Möge ihm eine Reihe von Jahren der wohlverdiente Ruhestand beschieden sein.

Dienstnachrichten. Die Prüfung für die gebobrene Laufbahn öffentlicher Dienste haben mit Erfolg bestanden die Sparkassenpraktikanten Föll in Calw, Wägner in Altsitzing und Welker in Nagold.

Die Landespolizei berichtet. Erblassen. Im Zusammenhang mit dem Brandfall in der Nacht vom letzten Sonntag zum Montag, bei dem ein Bienenhaus abbrannte (wir berichteten von einem Holzschuppen) und wegen dringenden Verdachts des Schwarzhandels und Diebstahls wurden folgende Personen festgenommen: Johannes Reichert, Otto Reichert, Heinrich Schneider, Hans Wacker, sämtl. von Ebhausen, und Alfred Neidhardt aus Mannheim.

Verständlich, aber gegen das Gesetz verstößend. Vor dem Richter in Calw standen gleich zehn Landwirte aus Deckenbrunn, weil sie bei der Viehzählung im letzten Jahr wissentlich falsche Angaben gemacht haben.

Verständlich, aber gegen das Gesetz verstößend. Vor dem Richter in Calw standen gleich zehn Landwirte aus Deckenbrunn, weil sie bei der Viehzählung im letzten Jahr wissentlich falsche Angaben gemacht haben. Dadurch, daß sie jeder ein Schwein verschwiegen hatte, Neun sind durch Kriegsergebnisse abgetrieben und im Begriff wieder aufzubreuen.

Verständlich, aber gegen das Gesetz verstößend. Vor dem Richter in Calw standen gleich zehn Landwirte aus Deckenbrunn, weil sie bei der Viehzählung im letzten Jahr wissentlich falsche Angaben gemacht haben. Dadurch, daß sie jeder ein Schwein verschwiegen hatte, Neun sind durch Kriegsergebnisse abgetrieben und im Begriff wieder aufzubreuen.

Verständlich, aber gegen das Gesetz verstößend. Vor dem Richter in Calw standen gleich zehn Landwirte aus Deckenbrunn, weil sie bei der Viehzählung im letzten Jahr wissentlich falsche Angaben gemacht haben.

Verständlich, aber gegen das Gesetz verstößend. Vor dem Richter in Calw standen gleich zehn Landwirte aus Deckenbrunn, weil sie bei der Viehzählung im letzten Jahr wissentlich falsche Angaben gemacht haben.

Verständlich, aber gegen das Gesetz verstößend. Vor dem Richter in Calw standen gleich zehn Landwirte aus Deckenbrunn, weil sie bei der Viehzählung im letzten Jahr wissentlich falsche Angaben gemacht haben.

Verständlich, aber gegen das Gesetz verstößend. Vor dem Richter in Calw standen gleich zehn Landwirte aus Deckenbrunn, weil sie bei der Viehzählung im letzten Jahr wissentlich falsche Angaben gemacht haben.

Verständlich, aber gegen das Gesetz verstößend. Vor dem Richter in Calw standen gleich zehn Landwirte aus Deckenbrunn, weil sie bei der Viehzählung im letzten Jahr wissentlich falsche Angaben gemacht haben.

Verständlich, aber gegen das Gesetz verstößend. Vor dem Richter in Calw standen gleich zehn Landwirte aus Deckenbrunn, weil sie bei der Viehzählung im letzten Jahr wissentlich falsche Angaben gemacht haben.

Verständlich, aber gegen das Gesetz verstößend. Vor dem Richter in Calw standen gleich zehn Landwirte aus Deckenbrunn, weil sie bei der Viehzählung im letzten Jahr wissentlich falsche Angaben gemacht haben.

Wir haben uns verliebt!

Rosario Franzek, Calw, 18. Januar 1948. Stuttgart, Calw, 18. Januar 1948. Altbau, 21. Januar 1948. Nach Gottes unerschütterlichem Ratschluss wurde meine liebe Frau, unser liebes, gutes, stets so treu für uns sorgendes Mütterlein, Schwester, Schwägerin, Dote und Tante...

Ämliche Anzeigen

Handelsregister-Eintragungen vom 19. Jan. 1948. Neuantragungen: A 94: Josef Martin (Buchverkaufer, Leihbücherei und Verkauf von Zeitschriften, Papier, Pappe und Schreibwaren und Büroartikeln) in Bad Liebenzell (Anlagenstraße 19). Inhaber: Josef Martin, Kaufmann, in Bad Liebenzell.

Kaufgesuche

Handgeklüht, auch Fließling, ehrlich, zuverlässig und kinderlieb, für kleinen Haushalt mit 2 Kindern auf 1. oder 15. März gesucht. Frau Dr. Zilker, Nagold, Emmingerstraße.

Heiratsanzeigen

Heimatloser Fischling, kriegsvers., 35 J., schlank, Gr. 1,72, lediger Postamtstatter, sucht Frau od. Frä., auch Witwe mit Kind, bis 32 J., zwecks baldiger Heirat...

Stellungsangebote

Maurer, 3-4, Steinbocher, 3-4, fester kräftiger Junge, welcher das Maurer- und Steinhandwerk erlernen will, zum sofortigen Eintritt gesucht. G. Ohngemach, Maurermeister, Altbuch, Tel. 27.

Verschiedenes

Handelmann und Landwirt, 42 J., alt, evang., städtische Erziehung, 1,74 groß, wünscht auf diesem Wege mit liebevoller, ehrlich gesinnter Haus- und Geschäftsfrau (nicht über 35 Jahre) in Briefwechsel zu treten. Einzelheit sehr erwünscht. Angebote mit Bild u. C 1339 an Schw. Tagbl. Neuch.

